

Verschlossen wie eine Auster

Japan. Wahrscheinlich wird die EU in Kürze mit Japan über ein Freihandelsabkommen verhandeln. Europas Unternehmen könnten von einem solchen Abkommen stark profitieren, wie ein Gutachten des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) zeigt. 

Japanische Autos für Europa, chemische Erzeugnisse und Maschinen für Japan – so sieht, wenn auch sehr verkürzt, der Handel zwischen Japan und Europa aus. Ein seit Jahren von Japan angestrebtes Freihandelsabkommen soll nun die eher mauen Geschäfte etwas ankurbeln (Grafik):

Die EU-Exporte nach Japan beliefen sich 2011 auf 70 Milliarden Euro,

die Importe aus Japan auf 84 Milliarden Euro – das entspricht weniger als 4 Prozent der jeweiligen europäischen Außenhandelsposition.

Zudem hat die EU in Japan Marktanteile eingebüßt: Kamen 1990 noch 15 Prozent aller japanischen Importe aus der Staatengemeinschaft, so sind es heute nicht einmal 10 Prozent – und das, obwohl die Zahl der EU-Mitgliedsstaaten im

selben Zeitraum von 15 auf 27 gewachsen ist.

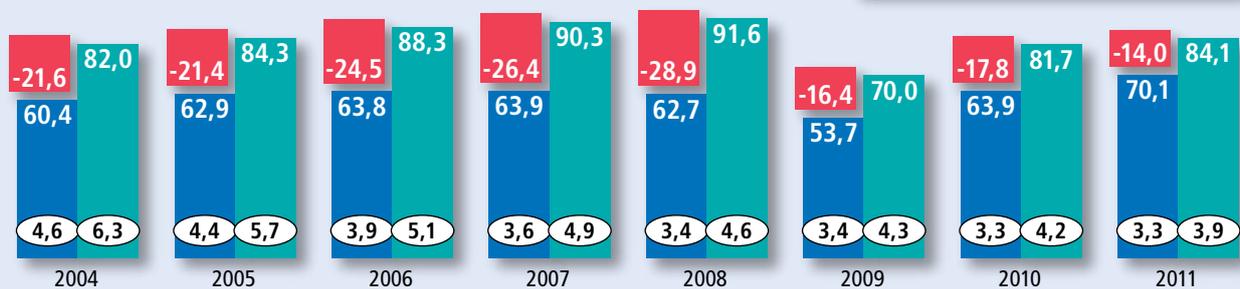
Die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt geriert sich in puncto Außenhandel wie eine verschlossene Auster. Denn Japan kauft nicht nur in Europa, sondern auch im Rest der Welt vergleichsweise wenig ein:

Der Anteil der Waren- und Dienstleistungsimporte am japanischen Bruttoinlandsprodukt betrug 2010 rund 14 Prozent – in Frankreich waren es 30 Prozent, in Deutschland sogar fast 42 Prozent.

An den üblichen Handelsbarrieren liegt es jedenfalls nicht, →

EU: Nur wenig Handel mit Japan

Außenhandel zwischen der EU und Japan in Milliarden Euro



Außenhandel: Waren und Dienstleistungen; Ursprungsdaten: Eurostat

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - iwwd 48

Inhalt

Befristungen. Seit 2011 eine zentrale Regelung von befristeten Verträgen gekippt wurde, ist eine gesetzliche Neuregelung überfällig.
Seite 3

Lohnstückkosten. Die Lohnstückkosten im deutschen Verarbeitenden Gewerbe sind im Jahr 2011 um 2,4 Prozent gesunken.
Seite 4-5

Gebietskörperschaften. Im ersten Halbjahr 2012 ist das Defizit des Bundes gestiegen, das der Länder und Gemeinden hat sich reduziert.
Seite 6

Energiesparen. Private Haushalte können einiges tun, um Strom zu sparen, doch das allein reicht für eine Energiewende nicht aus.
Seite 7

Vermögen. Auf ihrer Suche nach attraktiven Geldanlagen landen Anleger immer öfter bei exotischen Alternativen wie Kunst und Oldtimern.
Seite 8

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Präsident:
Dr. Eckart John von Freyend
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen in Deutschland

→ dass der Inselstaat im Vergleich recht wenig importiert: Die japanischen Zölle sind im Schnitt sogar niedriger als in der EU. Und auch die sogenannten nichttarifären Handelshemmnisse, wie Zulassungsverfahren für bestimmte Produkte, scheinen kaum größer zu sein als in der EU oder den USA (Grafik).

Des Rätsels Lösung liegt wohl vielmehr im Psychologischen: Japaner hegen eine starke Vorliebe für heimische Produkte. Und ausländischen Unternehmen gelingt es in der Regel nur sehr schwer, in das abgeschottete, traditionelle Liefersystem einzudringen.

Vor diesen hohen unsichtbaren Handelsbarrieren warnt auch das IW Köln in einem Gutachten für das Europäische Parlament. Gleichzeitig weist es aber auch auf erhebliche Potenziale hin, die ein Freihandels-

Handelshemmnisse zwischen Europa und Japan

Relevanz von nichttarifären Handelsbarrieren

	 Japan	 EU
Anteil der betroffenen Warenzollgruppen in Prozent	 17,0	 17,2
Anteil der betroffenen Warenimporte in Prozent des Warenwertes	 7,4	 14,4
Geschätzte zusätzliche Handelskosten in Prozent des Warenwertes	 15,6	 13,3

Quellen: Swedish National Board of Trade, EU-Kommission

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - iwv48

abkommen mit Japan eröffnen würde. Die Folgen eines solchen Vertrags schätzt die EU-Kommission recht rosig ein: Demnach könnten die Exporte von Europa nach Japan um bis zu einem Drittel zulegen – den Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse vorausgesetzt.

Um hier möglichst weit zu kommen, hat die EU-Kommission angekündigt, die Verhandlungen nach

einem Jahr abzubrechen, falls Japan sich nicht kooperativ zeigen sollte. Brüssel will die EU-Zölle nur in dem Maß abbauen, wie Japan seine nichttarifären Handelshemmnisse senkt.



Europäisches Parlament, Workshop „Towards a Free Trade Agreement with Japan?“, Oktober 2012

Download unter: www.iwkoeln.de/free_trade_japan

Weniger Investitionen

IW-Konjunkturumfrage. Die europäische Staatsschuldenkrise trifft zunehmend auch die deutsche Wirtschaft. Das Auslandsgeschäft läuft deutlich schwächer und die Unternehmen halten sich bei ihren Personal- und Kapazitätsplanungen zurück. Einige sehen bereits ihre Investitionen gefährdet.

In seiner Herbstumfrage hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) rund 2.300 Unternehmen gefragt, ob ihre Investitionstätigkeit im Inland durch die Staatsschuldenkrise beeinträchtigt wird (vgl. iwv 47/2012). Bislang sind die Skeptiker in der Minderheit: **Ein Drittel der Unternehmen will oder muss wegen der Staatsschuldenkrise weniger investieren.**

Diejenigen Firmen, die die Investitionsbremse ziehen, geben dafür folgende Gründe an (Grafik):

- Unsichere Absatzlage. Mehr als die Hälfte der betroffenen Betriebe knausern mit ihren Investitionen, weil ihre Kunden aus dem Euroraum weniger kaufen. Fast jedes zweite

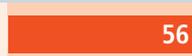
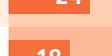
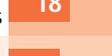
Unternehmen nennt zudem die unsichere Absatzlage in Deutschland als ein Investitionshemmnis.

- Politische Unsicherheit. Für 45 Prozent der Unternehmen ist der unklare Kurs der Wirtschaftspolitik ein Grund für ihre negativen Investitionserwartungen. Offen-

sichtlich ist weder das politische Krisenmanagement in Deutschland noch das der Europäischen Union vertrauensfördernd. Ebenso häufig wird die generelle Unsicherheit über die Stabilität der Europäischen Währungsunion und damit die Zukunft des Euro genannt.

Unternehmen befürchten Absatzflaute

Jedes dritte der befragten Unternehmen sieht seine Investitionsentscheidungen im Inland durch die Staatsschuldenkrise stark beeinflusst. Diese Unternehmen werden aus diesen Gründen beeinträchtigt

Unsichere Absatzlage im Euroraum	 56	Geringere Ertrags-erwartungen	 29
Unsichere Absatzlage in Deutschland	 49	Schwierigere Eigenfinanzierung	 26
Unklare wirtschaftspolitische Orientierung	 45	Eingeschränkte Kreditgewährung	 24
Instabilität der Währungsunion	 45	Unsichere Absatzlage außerhalb des Euroraums	 18
Inflationserwartungen	 32	Höhere Kreditkosten	 15

Quelle: IW-Befragung von 1.859 Unternehmen in Westdeutschland und 447 Unternehmen in Ostdeutschland im Herbst 2012

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - iwv48

Gesetzliche Neuregelung nötig

Befristungen. Die rot-grüne Bundesregierung ist vor gut zehn Jahren bei der Regulierung der befristeten Beschäftigung weit über das Ziel hinausgeschossen. Das Bundesarbeitsgericht hat 2011 eine zentrale Regelung gekippt. Seitdem ist eine gesetzliche Neuregelung überfällig.

Mit dem sogenannten Teilzeit- und Befristungsgesetz hatte die Regierung Schröder im Jahr 2001 die Möglichkeiten, Arbeitsverträge zu befristen, erheblich eingeschränkt. Aneinandergereihte Arbeitsverträge auf Zeit sollten – sofern es keine sachlichen Gründe wie Projekte oder Mutterschaftsvertretungen gibt – nicht mehr möglich sein. Damit wollte Rot-Grün verhindern, dass der Kündigungsschutz unterlaufen wird.

Seitdem ist die Möglichkeit zur „sachgrundlosen Befristung“ auf Neueinstellungen beschränkt. Mit absurden Nebenwirkungen: War jemand bereits einmal bei einem Unternehmen beschäftigt – und sei es nur als studentische Aushilfskraft –, konnte er sein ganzes Leben lang nicht mehr sachgrundlos befristet beim gleichen Arbeitgeber anheuern.

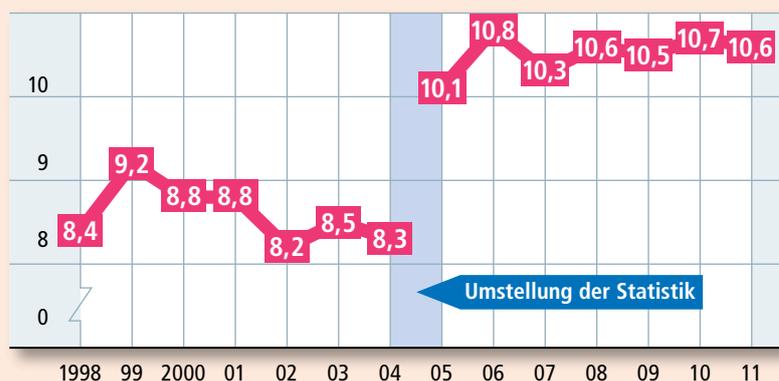
So könne der Gesetzgeber das nicht gemeint haben, entschied im April 2011 das Bundesarbeitsgericht. Wenn eine Vorbeschäftigung mehr als drei Jahre zurückliege, sei der Zweck des Gesetzes erfüllt, argumentierten die Richter. Einer erneuten, befristeten Einstellung stehe dann nichts im Weg.

Trotz der höchstrichterlichen Entscheidung hat sich am Teilzeit- und Befristungsgesetz bis heute nichts

Befristete Beschäftigung: Statistischer Sprung

Grundlage für die Beschäftigungszahlen ist der Mikrozensus, eine regelmäßige Befragung von 1 Prozent der bundesdeutschen Haushalte. Bis 2004 wurde diese Befragung einmalig im Frühjahr vorgenommen. Seit 2005 wird über alle Kalendermonate hinweg befragt.

Befristet Beschäftigte in Prozent aller Beschäftigten



Ohne Auszubildende; Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - Iwd 48

geändert. Im Interesse der Rechtssicherheit sollte der Gesetzgeber dies rasch nachholen und dabei gleich überlegen, ob die Drei-Jahres-Frist der Rechtsprechung nicht auf ein Jahr verkürzt wird.

Auch mit dieser eingedampften Wartezeit wären Kettenbefristungen nicht möglich. Kein ehemals befristeter Arbeitnehmer sitzt ein Jahr lang zu Hause herum, um sich dann von seinem ehemaligen Arbeitgeber erneut befristet einstellen zu lassen.

Glätten könnte man das Befristungsrecht auch noch an zwei weiteren Stellen:

- Für Arbeitnehmer ab 52 Jahren, die bereits seit mindestens vier Monaten arbeitslos sind, sollte die sachgrundlose Befristung maximal fünf statt der üblichen zwei Jahre betragen. Diese Regelung könnte für alle Arbeitnehmer gelten, die keinen Job haben oder kurz davorstehen, ihn zu verlieren.
- Betriebe sollten Rentner, die sich noch etwas dazuverdienen wollen,

mit aneinandergereihten Verträgen einstellen können, auch wenn es keinen Sachgrund gibt. Für diese Fälle sollte der Gesetzgeber eine Ausnahmeregelung schaffen.

Am Ende geht es nicht darum, den Kündigungsschutz auszuhebeln, sondern die Befristungsregeln konsistenter zu machen. Befürchtungen, dass Arbeitgeber verstärkt auf befristete Beschäftigung umsteigen, sind unbegründet. Denn egal, in welche Richtung in der Vergangenheit reformiert wurde, der Anteil der befristet Beschäftigten ist – bis auf eine Umstellung der Statistik – seit Jahren nahezu konstant (Grafik).

Und obwohl fast jeder zweite Berufsanfänger mittlerweile einen befristeten Vertrag bekommt, ist der Anteil der insgesamt befristet beschäftigten Arbeitnehmer kaum gestiegen. Das liegt mit daran, dass die Übernahmequote von befristeter in unbefristete Beschäftigung ebenfalls deutlich zunahm, von 42 Prozent im Jahr 2001 auf 56 Prozent 2011.

Teure deutsche Industrie

Lohnstückkosten. Obwohl die Lohnstückkosten im deutschen Verarbeitenden Gewerbe im vergangenen Jahr um 2,4 Prozent gesunken sind, lagen sie noch immer deutlich höher als 2007. Die internationale Konkurrenz war 2011 im Schnitt um 8 Prozent preiswerter als die hiesige Industrie. 

Wer im globalen Exportgeschäft erfolgreich sein will, muss neben Qualität und Service vor allem eines bieten: konkurrenzfähige Preise. Daher sind die Lohnstückkosten, also

das Verhältnis von Arbeitskosten zur Produktivität, ein wichtiger Indikator für die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Viele Länder haben auf diesem Feld in den vergangenen

Jahren Fortschritte gemacht und sind auf die Lohnstückkostenbremse getreten (Grafik).

Zu diesen Staaten gehört auch das krisengeschüttelte Griechenland. Dort kannten die Lohnstückkosten viele Jahre lang nur eine Richtung, nach oben. 2010 und 2011 sind sie indes jeweils um fast 3 Prozent gesunken. Die preisliche Wettbewerbs-

Lohnstückkosten und Produktivität international

im Verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2011
Deutschland = 100

	Lohnstückkosten	Produktivität
Italien	117	60
Frankreich	115	83
Vereinigtes Königreich	115	67
Dänemark	115	92
Norwegen	107	123
Slowenien	103	40
Deutschland	100	100
Finnland	99	93
Niederlande	98	106
Portugal	96	k.A.
Belgien	96	104
Kanada	94	73
Griechenland	91	37
Tschechien	90	29
Österreich	88	99
Japan	86	84
Schweden	85	103
Spanien	84	73
Estland	83	20
USA	78	108
Slowakei	78	31
Ungarn	73	23
Polen	71	20
Lettland	70	22
Südkorea	69	52
Litauen	55	28

Lohnstückkosten: Verhältnis von Arbeitskosten je Beschäftigtenstunde in Euro; Produktivität: Bruttowertschöpfung je geleistete Stunde in Euro zu Preisen und Wechselkursen von 2011

Ursprungsdaten: Deutsche Bundesbank, Eurostat, nationale Quellen, OECD, Statistisches Bundesamt, U. S. Department of Labor

Die Entwicklung der Lohnstückkosten

im Verarbeitenden Gewerbe in nationaler Währung;
jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent

	2000–2007	2007–2011
Litauen	1,1	-3,7
Tschechien	-1,8	-2,7
Estland	5,1	-1,9
Lettland	6,5	-1,7
Griechenland	6,8	-1,6
Polen	-4,7	-1,6
Schweden	-2,4	-1,5
Südkorea	1,2	-1,1
Japan	-3,9	-0,8
Slowakei	-3,4	-0,8
Dänemark	1,9	-0,6
Spanien	2,5	-0,6
USA	-2,3	-0,4
Belgien	0,6	0,5
Kanada	2,8	1,0
Norwegen	1,7	1,3
Österreich	-1,1	1,4
Portugal	1,2	1,5
Niederlande	0,0	1,6
Slowenien	1,6	1,8
Frankreich	0,0	2,0
Deutschland	-2,2	2,1
Italien	2,1	2,9
Vereinigtes Königreich	0,8	3,1
Ungarn	1,7	3,1
Finnland	-3,1	5,2

Lohnstückkosten: Verhältnis von Arbeitskosten je Beschäftigtenstunde zur Produktivität; Produktivität: Bruttowertschöpfung je geleistete Stunde; Ursprungsdaten: Eurostat, nationale Quellen, OECD, Statistisches Bundesamt, U. S. Department of Labor

fähigkeit der griechischen Industrie hat sich damit deutlich verbessert. Das Verarbeitende Gewerbe in Spanien hat seine Lohnstückkosten im vergangenen Jahr sogar um 4 Prozent reduziert und damit unter das Niveau von 2007 gedrückt.

Doch nicht alle Euro-Krisenstaaten zeigten sich so diszipliniert – in Italien etwa sind die Arbeitskosten je Produkteinheit seit dem Jahr 2007 besonders stark in die Höhe geschossen.

Dennoch steht es Deutschland nicht zu, zu kritisch zu sein:

Von 2007 bis 2011 sind die Lohnstückkosten in der deutschen Industrie jahresdurchschnittlich um 2,1 Prozent gestiegen.

Dies ist allerdings nicht übermäßigen Lohnerhöhungen zuzuschreiben. Vielmehr brach während der Wirtschaftskrise in den Jahren 2008

und 2009 die Produktivität ein, weil die Betriebe trotz schlechter Geschäfte ihr Personal weitgehend gehalten haben. Mittlerweile ist die deutsche Industrie wieder so produktiv wie 2007 – mehr aber auch nicht. Arbeitskostensteigerungen schlagen somit voll auf die Lohnstückkosten durch.

Dass überhaupt so viele Beschäftigte in der Krise ihren Job behalten konnten, lag daran, dass die deutsche Wirtschaft zuvor ihre Wettbewerbsfähigkeit deutlich verbessert hatte. Von 2000 bis 2007 gingen die Lohnstückkosten im Jahresdurchschnitt um 2,2 Prozent zurück. Das schaffte kein anderes Euroland. Die USA und Japan allerdings senkten ihre Kosten noch stärker.

Nach dieser durchwachsenen Entwicklung steht für das hiesige Verarbeitende Gewerbe nach wie vor ein

hohes Kostenniveau zu Buche (Grafik Seite 4):

Im Vergleich mit 25 anderen Ländern hatte die deutsche Industrie im Jahr 2011 die siebthöchsten Lohnstückkosten – der Kostenvorteil der Konkurrenz beträgt damit im Schnitt 8 Prozent.

Zwar kann Deutschland mit Platz sechs im Produktivitäts-Ranking punkten. Dies macht jedoch das große Arbeitskosten-Handicap nicht wett – im Durchschnitt haben die anderen Industrieländer um 23 Prozent niedrigere Arbeitskosten.



aus IW-Trends
4/2012

Christoph Schröder:
Produktivität und Lohnstückkosten der
Industrie im internationalen Vergleich
www.iwkoeln.de/trends

Noch ein Programm

Forschungsförderung Ost. Mit „Zwanzig20 – Partnerschaft für Innovation“ werden bis zum Auslaufen des Solidarpakts im Jahr 2019 weitere 500 Millionen Euro lockergemacht, um die Entwicklung neuer Technologien durch ostdeutsche Firmen voranzutreiben. Das neue Programm setzt prinzipiell an der richtigen Stelle an, denn nach dem gelungenen Auf- und Ausbau der Ost-Infrastruktur ist der nach wie vor bestehende Produktivitätsabstand zu Westdeutschland der entscheidende Minuspunkt der ostdeutschen Wirtschaft.

Zwanzig20 führt das „Förderprogramm Unternehmen Region“ fort, mit dem in der vergangenen Dekade nahezu 2.500 Vorhaben für Forschung und Entwicklung von knapp 400 Kooperationsnetzwerken aus Firmen und Institutionen unterstützt wurden (Grafik).

Ein Manko allerdings hat das neue Sonderprogramm. Wie bei allen Förderkonzepten zuvor sollen erneut nur Kooperationen von Firmen untereinander oder mit Hochschulen und Instituten angeschoben werden. So wichtig Networking grundsätzlich auch ist – der Zwang zur Zusammenarbeit ist falsch. Denn manches Innovationsvorhaben lässt sich eben allein effizienter umsetzen als mit einem Partner.

Eine Förderung ohne derartige Verzerrungen wäre zum Beispiel mittels einer steuerlichen FuE-Förderung möglich, wie sie von Experten schon lange angemahnt wird (vgl. iwd 37/2009).

Forschungsförderung Ost: Schwerpunkt Sachsen

Mit dem weitgehend aus Bundesmitteln finanzierten „Förderprogramm Unternehmen Region“ wurden von 2001 bis 2011 in Ostdeutschland 400 Kooperationen zwischen Firmen und Forschungseinrichtungen unterstützt.

Fördermittel in Millionen Euro

Sachsen	346
Thüringen	166
Sachsen-Anhalt	163
Mecklenburg-Vorpommern	161
Brandenburg	90
Berlin	84
Ostdeutschland insgesamt	1.010

Quellen: Bundesministerium für Bildung und Forschung, Oschatzer Allgemeine Zeitung – OAZ-online

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - iwd 48

Sparen an der falschen Stelle

Gebietskörperschaften. Im ersten Halbjahr dieses Jahres ist der Bund weiter in die roten Zahlen gerutscht, Länder und Gemeinden haben ihr Defizit immerhin etwas reduziert. Zwar sind Sparanstrengungen mittlerweile unverkennbar, doch häufig wird an der falschen Stelle gespart.

In den Kassen von Bund, Ländern und Gemeinden fehlten in den ersten Monaten dieses Jahres insgesamt fast 23 Milliarden Euro. Dass trotz aller Sparbemühungen noch große Lücken klaffen, hat verschiedene Gründe:

Auf der Einnahmenseite haben die Gebietskörperschaften 4,7 Milliarden Euro weniger als im ersten Halbjahr 2011 verbucht. Der Bund allein nahm sogar 7,6 Milliarden Euro weniger ein, weil die Bundesbank einen geringeren Gewinn überwiesen hat und auch der Verkauf von Be-

teiligungen des Bankenrettungsfonds Sofin weniger einbrachte. Die Länder erzielten dagegen ein leichtes Einnahmenplus von 800 Millionen Euro und den Gemeinden spülte die gute Konjunktur dank höherer Steuereinnahmen satte 2,1 Milliarden Euro mehr in die Kasse.

Auf der Ausgabenseite aller Gebietskörperschaften stehen im ersten Halbjahr 2012 immerhin 1,4 Milliarden Euro weniger als in den ersten sechs Monaten des vergangenen Jahres. Der Bund sparte 1,5 Milliarden Euro und die Länder 300 Millionen Euro. Einzig die Gemeinden gaben etwas mehr aus und erhöhten ihre Etats um 400 Millionen Euro.

Das Sparen ist damit insgesamt zwar vorangekommen – aber erstens sind es nur Trippelschritte, zweitens hält das Sparen, zumindest beim Bund, mit den Einnahmeeinbußen nicht Schritt und drittens verlieren

die vermeintlichen Sparerfolge bei näherem Hinsehen viel von ihrem Glanz:

Der Bund hat zwar seine Personalausgaben leicht um 0,6 Prozent verringert, gleichzeitig aber seine Verwaltungskosten um fast 11 Prozent erhöht und seine Investitionen um 12 Prozent reduziert. Mit anderen Worten: Der Bund hat mehr konsumiert und weniger investiert.

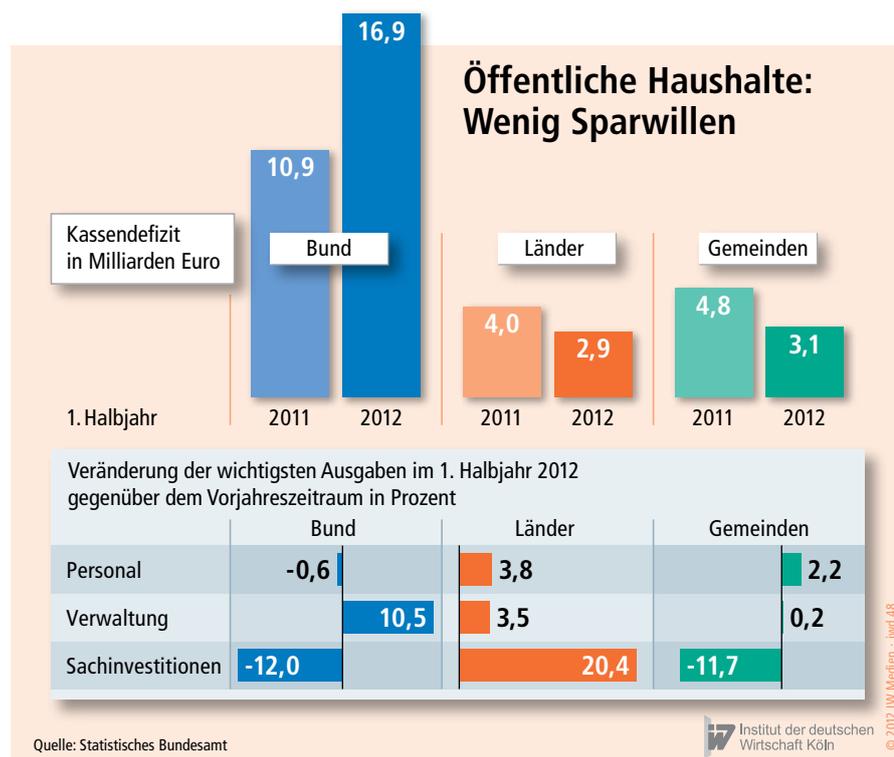
Die Länder haben sowohl ihre Personal- als auch ihre Verwaltungsausgaben um je knapp 4 Prozent erhöht. Dem Mehr an Konsum steht aber immerhin auch ein dickes Plus von 20 Prozent bei den Investitionen gegenüber.

Die Gemeinden sind wie der Bund bei den Investitionen auf die Bremse getreten mit einem Minus von fast 12 Prozent. Gleichzeitig haben sie ihre Personal- und Verwaltungsbudgets um 2,2 beziehungsweise 0,2 Prozent aufgestockt.

Mehr Konsum und weniger Investitionen wie es Bund und Gemeinden praktizieren – diese Konsolidierungsstrategie setzt auf lange Sicht die falschen Prioritäten. Denn:

Steigende Personalausgaben ziehen hohe langfristige Kosten nach sich – durch die entstehenden Pensionsansprüche.

Bei den Investitionen ist es genau umgekehrt. Zwar gibt es auch hier erst einmal Kosten, doch anders als beim Konsum amortisieren sich diese Ausgaben über die Zeit. Investitionen in Infrastruktur und in Bildung sind unabdingbare Voraussetzungen für erfolgreiches Wirtschaften. Und das wiederum ist die Basis für zukünftige Steuereinnahmen.

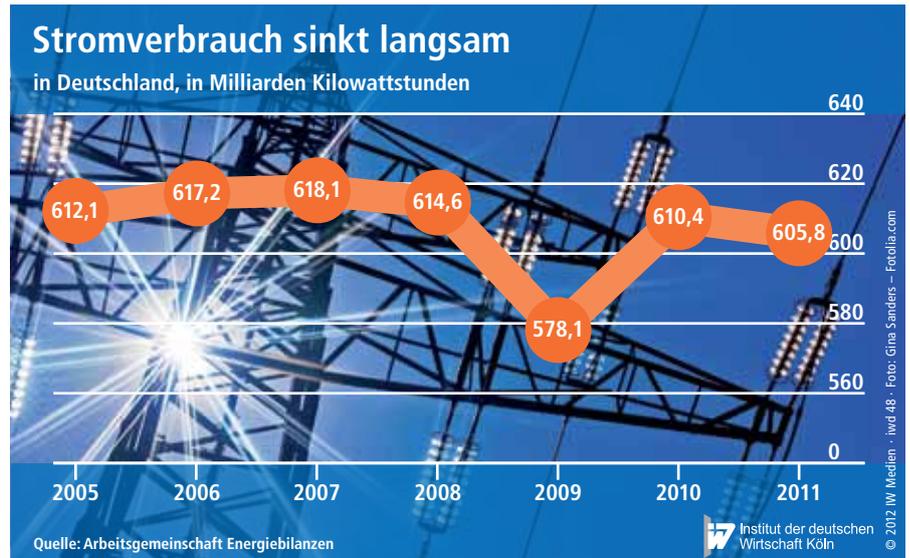


Stromsparen allein reicht nicht

Energiesparen. Licht aus oder auf die Stand-by-Funktionen verzichten – private Haushalte können einiges tun, um Strom zu sparen. Dies ist eine der Kernaufgaben der Energiewende, doch das allein reicht nicht aus.

Jede Kilowattstunde Strom, die nicht verbraucht wird, muss auch nicht produziert werden. Unternehmen werden daher aufgerufen, effizienter mit Strom umzugehen, und Haushalte sollen ebenfalls ihr Scherflein dazu beitragen. Profitieren kann jeder – nachzulesen auf der Stromrechnung.

Denn der nächste Preissprung steht bereits vor der Tür. Bisher lag die Umlage für erneuerbare Energien laut Gesetz (EEG) bei 3,6 Cent je Kilowattstunde. Ab 2013 werden 5,3 Cent je Kilowattstunde fällig.



Für die EEG-Umlage plus Mehrwertsteuer zahlt ein Zwei-Personen-Haushalt jährlich gut 200 Euro.

Eine staatlich geförderte Stromsparberatung soll den Haushalten zeigen, wie sie weniger Strom verbrauchen und damit einen Teil der Kosten wieder reinholen können.

Das gilt auch für das Land insgesamt. Die Regierung will den Stromverbrauch bis 2020 um 10 Prozent gegenüber 2008 absenken. Das Problem: Bis 2011 wurde gerade einmal

ein Rückgang von 1,4 Prozent erreicht. Insgesamt summierte sich der Stromverbrauch in Deutschland 2011 auf knapp 606 Milliarden Kilowattstunden (Grafik).

Es wird auch weiterhin viel Strom benötigt, gerade energieeffiziente Technologien wie Elektroautos verbrauchen zusätzlichen Strom.

Die Politik darf aber nicht nur auf Stromsparmaßnahmen setzen, sondern muss auch die Preisentwicklung im Blick behalten.

HB2U, SMS!*

Mobilfunk. „Merry Christmas“ stand in der allerersten SMS, die im Dezember 1992 von einem Computer auf ein Mobiltelefon geschickt wurde. Ursprünglich sollte der Short Message Service lediglich eine Gruppe von Empfängern zu bestimmten Themen informieren – heute nutzt ihn fast jeder.

Der Short Message Service gilt als Erfolgsstory sondergleichen. In der Anfangszeit war die SMS nicht besonders populär, denn nur wenige Mobiltelefone unterstützten den Kurznachrichtendienst. Nach einem etwas holprigen Start entwickelte sich die SMS Ende der 1990er Jahre aber zu einem universalen Kommunikationsmittel – und ist es trotz Konkurrenz durch Messenger wie MSN, Facebook oder WhatsApp auch heute noch (Grafik):

Gut 157 Millionen SMS verschicken die Deutschen pro Tag – das sind dreimal so viele wie vor zehn Jahren.

Für die Mobilfunkanbieter ist der Dienst deshalb ein lukratives Geschäft: In den letzten Jahren verdienten Telekom, Vodafone und Co. jährlich rund 2 Milliarden Euro mit dem Versand der maximal 140 Zeichen umfassenden Kurznachrichten. Im internationalen

Vergleich simsen die Bundesbürger allerdings eher wenig. SMS-Spitzenreiter ist Malaysia: Hier verschickte 2010 jeder Einwohner statistisch gesehen gut 3.400 SMS. An zweiter Stelle stand Singapur mit gut 2.800 SMS, gefolgt von Paraguay mit mehr als 2.700 SMS. In Deutschland simste jeder Einwohner nur rund 500-mal pro Jahr.

*Happy Birthday to you (HB2U)



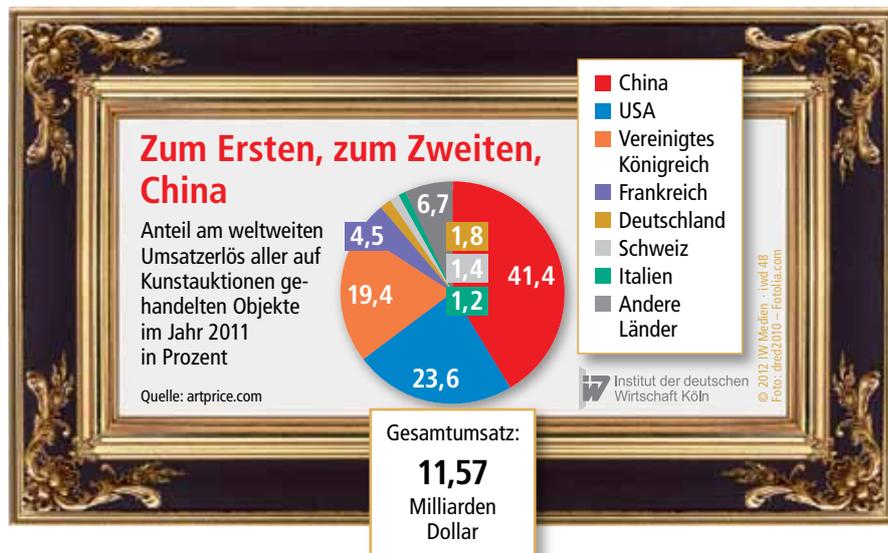
Kunst statt Konto

Vermögen. Aktien? Zu unsicher. Sparbuch? Zu wenig Rendite. Auf ihrer Suche nach attraktiven Geldanlagen landen Anleger immer öfter bei exotischen Alternativen wie Kunst und Oldtimern.

Es ist diese Mischung aus Exotik und vermeintlich sicherem Hafen: Alte Weine, Edelmetalle, klassische und moderne Kunst, Oldtimer, aber auch Wald und Ackerland werden als Anlageobjekte immer beliebter.

So meldet der Kunstmarkt in diesem Jahr schon mehrere rekordverdächtige Zahlen. Das Auktionshaus Christie's hat eigenen Angaben zufolge im ersten Halbjahr Kunst im Wert von 3,5 Milliarden Dollar versteigert. Das ist ein Plus von 11 Prozent gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum. Besonders die Asiaten sind interessiert (Grafik):

Gut 41 Prozent aller weltweiten Umsätze auf Kunstauktionen entfielen im Jahr 2011 auf China.



Damit sind die chinesischen Umsätze aus Kunstauktionen binnen eines Jahres um fast die Hälfte gestiegen. Auch in anderen asiatischen Staaten erfreut sich Kunst großer Beliebtheit: In Indonesien stiegen die Kunstauktions-Umsätze um 39 Prozent, in Singapur um 22 Prozent.

Zudem ist der Anteil jener Kunstwerke, die für Beträge zwischen 100.000 und 1 Million Dollar versteigert werden, in Asien mit 12 Prozent besonders hoch. Im Rest der Welt macht er gerade einmal 2 Prozent aus. In diesem Ranking sticht China erneut hervor:

2011 wurden im Reich der Mitte 774 Objekte für mehr als 1 Million Dollar versteigert, in den USA waren es 426, in Großbritannien 377.

Und das teuerste versteigerte Gemälde des Jahres 2011 stammt ebenfalls von einem chinesischen Künstler: Qi Baishi Werk „Adler auf einer Kiefer“ von 1946 wechselte für 65,5 Millionen Dollar den Besitzer.

Auch andere alternative Anlagen verzeichnen Rekorde, beispielsweise Oldtimer. Der Verband der Automobilindustrie fasst die Stimmung auf dem Oldtimermarkt in einem eigens entwickelten Deutschen Oldtimer Index (DOX) zusammen. Dieser ist seit den Anfängen der Finanzkrise 2007 um gut 28 Prozent gestiegen.

Im kalifornischen Pebble Beach, wo alljährlich ein renommiertes Oldtimertreffen stattfindet, wurden 2011 bei Versteigerungen 260 Millionen Dollar umgesetzt, gegenüber 2010 ein Plus von mehr als 30 Prozent. Das teuerste Auto – ein Mercedes Benz 540 K Special Roadster – war seinem neuen Besitzer 11,7 Millionen Dollar wert. Viel mehr auf den Tisch gelegt hat allerdings ein Ferrari-Liebhaber im Frühling dieses Jahres: Der Hammer für den 1962er Ferrari 250 GTO fiel erst bei 35 Millionen Dollar.

Dieser Ausgabe liegt unsere Veröffentlichung „Wirtschaft und Unterricht“ bei.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf, Alexander Weber

Redaktionsassistentz: Angelika Goldenberg

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,47/Monat, zzgl. € 3,01 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Aboservice: 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Januar und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.